

## **Haushaltsrede der CDU-Fraktion zur Verabschiedung des Haushalts 2015 in der Ratssitzung am 28.04.2015**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Es waren mehr als nur mahnende Worte des Kämmerers, als er die Fraktionen bei der Einbringung des Haushalts am 19.02.2015 aufrief, den Haushalt intensiv zu beraten und über Parteigrenzen hinweg nach Konsolidierungsmöglichkeiten und Handlungsoptionen zu suchen.

Die CDU-Fraktion hat den Haushalt intensiv beraten.

Wir sehen die Notwendigkeit, den eingeschlagenen Sparkurs unbeirrt fortzusetzen, sehen aber auch die Chancen, die dieser Haushalt eröffnet.

Mit der Verabschiedung des Haushalts 2015 werden heute allerdings Haushaltsberatungen zum Abschluss gebracht, die zum wiederholten Male nicht wirklich stattgefunden haben.

Wie schon in den vergangenen beiden Jahren mussten wir auch in diesem Jahr feststellen, dass insbesondere die Fraktionen der SPD und der Grünen erneut keine Bereitschaft zeigten, Haushaltsansätze in den Fachausschüssen zu diskutieren und ggf. eigene Vorstellungen einzubringen.

Die Fachausschüsse sind die maßgeblichen Foren, in denen Haushaltsansätze unter fachlichen Gesichtspunkten hätten überprüft werden können, in denen die politischen Fraktionen eigene Vorschläge hätten einbringen und diskutieren können.

Lediglich die CDU, FDP und Freien Wähler haben sich zum Haushalt bekannt und in den Ausschüssen aus fachpolitischer Sicht Position bezogen.

Das Schweigen der anderen Fraktionen in den Ausschüssen muss als Zustimmung gewertet werden, wenn es nicht Ausdruck eines Desinteresses und einer mangelnden Verantwortungsbereitschaft sein soll.

Die Chance, sich aktiv und gestaltend einzubringen, ist jedenfalls vertan.

Mit Verwunderung haben wir aus der Presse erfahren, dass die SPD den Haushalt dennoch ablehnen wird. Die gegenüber der Presse genannten Ablehnungsgründe können aber doch nie und nimmer eine Ablehnung eines Haushalts rechtfertigen. Es ist befremdlich, dass die SPD auch im Haupt- und Finanzausschusses vor einer Woche lediglich auf ihre Presseveröffentlichung verwiesen hat.

Die politische Haltung der Grünen und der Linken zum Haushalt 2015 ist uns bis heute nicht bekannt.

Keine dieser Fraktionen hat Änderungen oder eigene Vorstellungen zum Haushalt eingebracht.

Es gab mithin überhaupt keine Chance, über vermeintliche Änderungswünsche zu diskutieren und gegebenenfalls nach einem Konsens zu suchen.

Wenn dennoch der Haushalt abgelehnt wird, dann zeugt dies von einer mangelnden Verantwortungsbereitschaft und einem unseres Erachtens völlig falschem Politikverständnis.

Nur „Nein“ sagen, ist einfach und bequem. Bequem, da Sie damit Problemen aus dem Weg gehen und mitgetragene Entscheidungen nicht rechtfertigen und verantworten müssen. Vielleicht ist das ja Ihr wahres Ziel.

Davon zeugt jedenfalls das Verhalten der SPD und der Grünen im Denkmalausschuss. Ich erinnere daran, dass die Denkmalpolitik über Jahre und Jahrzehnte einvernehmlich und parteiübergreifend in großer Geschlossenheit auch mit den Stimmen der SPD und den Grünen –seit sie im Rat sind- getragen wurde. Jetzt die CDU, die FDP und die Freien Wähler an den Pranger zu stellen, ist nicht nur unredlich, sondern verfälscht den tatsächlichen Ablauf. Diese Wendehalspolitik verstehe, wer will. Wir jedenfalls nicht. Wir werden auch künftig wie bisher unsere denkmalwerte und historische Altstadt pflegen und sie unter Achtung des Denkmalwertes weiterentwickeln, damit Kempen eine lebendige und attraktive Stadt bleibt.

In der gestrigen Auftaktveranstaltung „Zukunft Burg“ wurde sehr eindrucksvoll der Start der Altstadtsanierung beschrieben. Wer dort zugehört hat, hat erfahren können, wie einzigartig die Sanierung unter Achtung des Denkmalschutzes und mit welcher großer Geschlossenheit der Politik und der Bürgerschaft in Gang gesetzt wurde. Kempen stand schon damals Pate für viele andere Stadtkernsanierungen und ist heute weit über Regionsgrenzen bekannt für den gelungenen Prozess. Wir lassen unsere über Grenzen anerkannte und achtenswerte Stadt nicht kaputtreden.

Auch nicht durch den unsinnigen Antrag der Grünen, die Hinweisschilder „Historische Altstadt Kempen“ auf der A 40 zu entfernen, schadet doch allein der Antrag bereits dem Ansehen der Stadt, abgesehen davon, dass Sie mit Ihrem Antrag das Herz vieler Bürgerinnen und Bürger, die sich um diese Stadt bemühen und sie pflegen, getroffen haben und das Engagement des Werberings und des Verkehrsverein mehr als in Frage stellen. Noch empörter waren wir, als Sie Ihren Antrag im Ausschuss dann als „Satire“ bezeichneten und ihn zurücknahmen, nachdem sich viele unter großem Zeitaufwand damit beschäftigen mussten.

Uns fehlt jedes Verständnis für diese Form politischen Umgangs.

Das Beispiel zeigt, dass die Grünen ganz offensichtlich die Bühne verwechselt haben, auf der sie hier stehen. Das ist hier kein Kasperltheater, kein Kabarett und kein Spiel, genausowenig wie der „Haushalt 2015“ Spielball ideologischer Interessen ist.

Es ist Ausdruck gelebter Demokratie, Positionen auszutauschen, zu diskutieren und sachlich um die besten Lösungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger zu ringen. Dabei ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, mehrheitlich getroffene Entscheidungen zu respektieren und zu tolerieren.

Dieses Verständnis vermissen wir bei einigen Fraktionen.

Beispielhaft erinnere ich an den Versuch von SPD und Grünen, eine mehrheitlich getroffene Ratsentscheidung durch Anrufung des Verwaltungsgerichts und Beantra-

gung einer einstweiligen Verfügung aufheben zu lassen oder an den Antrag der SPD, der Bürgermeister solle eine mehrheitlich getroffene Entscheidung im Fachausschuss nachträglich beanstanden und damit zu Fall bringen.

Diese Beispiele zeugen sehr deutlich von einem mangelnden Demokratieverständnis.

Sorgen bereitet uns aber auch ein sich verändernder Umgangston.

Es mag schon mal vorkommen, dass im Rahmen eines hitzigen Wortgefechts einer Fraktion Schlampigkeit und Arroganz vorgeworfen wird, diesen an die Adresse der Verwaltung, CDU, FDP und Freie Wähler gerichteten Vorwurf aber anschließend schriftlich und wörtlich zu manifestieren, wie es die Grünen auf ihrer Internetseite tun, zeugt von mangelndem Respekt und fehlendem Anstand, genauso wie der Vorwurf eines Wahlbetrugs.

Wir fordern Sie auf, von Diffamierungen Abstand zu nehmen.

Geheime Abstimmungen als „Nazi-Methode“ zu bezeichnen –Originalton der Linken ist keine „Verunglimpfung“ mehr, sondern belegt ebenfalls, wie respektlos mit verfassungsrechtlich geschützten Werten umgegangen wird.

Eine nur auf Störung und populistischen Aktionismus zielende Politik lehnen wir vehement ab.

Meine Damen und Herren, ich kann ihnen versichern, die CDU wird ihr Verhalten nicht ändern, wird sich nicht provozieren lassen und wird den Weg einer besonnenen und nachhaltigen Politik zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unbedacht fortsetzen.

Der Rat und die hier versammelten Fraktionen tragen die politische Verantwortung für das Wohl von rund 36.000 Bürgerinnen und Bürger, für einen Haushalt mit einem Volumen von über 90 Millionen EUR, für die Entwicklung Kempens als Heimat nachfolgender Generationen. Da bleibt bei einer Vielzahl von zu lösenden Problemen und Aufgaben kein Platz für Satire, kein Platz für persönliche Angriffe.

Und auch kein Platz für passives Verhalten, insbesondere bei der Beratung und Verabschiedung eines jährlichen Haushalts, eine der wichtigsten Aufgaben eines Rates. Im Bewusstsein der Bedeutung einer Haushaltsverabschiedung sollte es Ziel politischen Bemühens bleiben, gemeinsam nach tragfähigen Lösungen zu suchen und um diese zu ringen, so wie es in Kempen bis vor einigen Jahren noch gepflegt wurde, so wie es vom Kämmerer gefordert wurde.

Schlagzeilen in der lokalen Presse wie *„Alle ziehen an einem Strang“* oder *„Wenn es eng wird, ist sich die Politik einig“*, brachten die Ergebnisse seinerzeit auf den Punkt. Kempen war mal Vorreiter und Vorbild, mehrere Kommunen praktizieren seither diese Vorgehensweise mit Erfolg, auch der Kreis.

Die finanziellen Spielräume sind seither noch erheblich enger geworden. Wichtiger denn je wären zielführende Gespräche und ein gemeinsames Bemühen um Konsolidierung gewesen.

Der vor uns liegende Haushaltsentwurf 2015 schreibt die seit Jahren eingeleitete Politik einer sparsamen Haushaltsführung konsequent fort. Er basiert im Wesentlichen auf den von fast allen Fraktionen nach gemeinsamer Beratung aufgestellten Doppelhaushalt 2011/2012, an dem auch Ihre Fraktion, Herr Gareiß, nicht nur mitgewirkt, sondern ihn auch ausdrücklich gut geheißen hat.

Das macht Ihre Ablehnung im vergangenen Jahr und die angekündigte erneute Ablehnung noch unverständlicher.

Eine Alternative zu einer sparsamen Haushaltsführung gibt es nicht.

Die Erwartung, dass sich eine Haushaltssicherung im Finanzplanungszeitraum bis 2018 nach gegenwärtigem Planungsstand vermeiden lässt, ist zwar erfreulich, dennoch bleibt die Erkenntnis, dass wir von einem strukturellen Haushaltsausgleich weit entfernt sind.

Der Haushalt weist eine Deckungslücke von rund 4,5 Mio EUR aus.

Der Verzehr unseres Eigenkapitals wird also in den nächsten Jahren weitergehen, wenn auch im Vergleich zu der noch im vergangenen Jahr prognostizierten Entwicklung in leicht gebremster Form.

Das ist nicht die erhoffte Wendung. Die leichte Verbesserung geht zurück auf eine auf Sicherheit achtende kaufmännische Haushaltsführung in der Kämmerei und eine sparsame Bewirtschaftung der Haushaltsstellen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern der Verwaltung. Uns sind vorsichtige Ansätze lieber, als grenzwertige Zahlen, die die tatsächliche Situation und eine drohende Haushaltssicherung zu verschleiern versuchen.

Eine Wendung lässt sich nur erreichen, wenn Bund und Land endlich aufhören, den Kommunen immer mehr Aufgaben zuzuweisen, ihnen aber gleichzeitig immer häufiger in die ohnehin leeren Kassen greifen.

Es bereitet uns Sorgen, dass von den Einnahmen von ca. 91 Mio EUR fast 40 Mio EUR sofort wieder an Bund, Land und Kreis abzuführen sind, noch ehe sie richtig verbucht werden konnten und wir uns über die Einkünfte freuen durften. Diese Aufwendungen stehen in mehreren Teilbeträgen unter der vermeintlich harmlosen Überschrift „Transferaufwendungen“, worunter auch die leidliche Zahlungsverpflichtung Kempens in Höhe von über 300.000 EUR in den Solidarpakt zugunsten überschuldeter Kommunen fällt.

Der Haushalt 2015 ist eng, lässt wenig Spielräume, bietet aber die Chance, die herausragenden Strukturen Kempens zu erhalten sowie den gehobenen Standard zu sichern und zu pflegen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Erhöhung der Haushaltsmittel für die Sanierung der öffentlichen Gebäude, insbesondere der Schulen auf insgesamt 1,8 Millionen EUR. Uns ist bewusst, dass dieser Ansatz trotz Erhöhung bei weitem nicht für die notwen-

digen Sanierungen ausreicht. Wir sind uns auch bewusst, dass der Sanierungsprozess über viele Jahre laufen wird und ein Vielfaches von dem, was in diesem Jahr an Mitteln bereitgestellt wird, verzehren wird. Wir sind dazu bereit. Wir begrüßen, dass ein Sanierungskonzept erstellt wird und alle öffentlichen Gebäude auf einen Sanierungsbedarf untersucht werden. Nach Vorliegen dieser Auflistung werden wir auch im politischen Raum Prioritäten festlegen müssen.

Unsere Schulen verdienen sicherlich höchste Priorität, dennoch warnen wir davor, unsere Schulen schlecht zu reden. Es sind keine Baracken oder heruntergekommene Gebäude, sondern funktionstüchtige und gut ausgestattete Schulen, die allerdings baulich in einer Zeit errichtet wurden, als Mensa am häuslichen Küchentisch stattfand und das Wort Internet noch in keinem Wörterbuch zu finden war. Will sagen, die Anforderungen haben sich verändert, teilweise erheblich wie z.B. im Brandschutz.

Auch das Rathaus stammt aus dieser Zeit und hat einen auch für Laien erkennbaren Sanierungsbedarf.

Sanierung betrifft auch die Infrastruktur.

Wir begrüßen, dass auch ausreichende Mittel für die Sanierung unserer Straßen sowie der Kanalsysteme ausgewiesen sind.

Sorgen bereiten uns aber die Wirtschaftswege, die nicht nur von landwirtschaftlichen Betrieben, sondern zunehmend mehr für Sport und Freizeit genutzt werden. Kempen zeichnet sich auch touristisch dadurch aus, dass es in ein überregionales Rad- und Wegenetz eingebunden ist. Zudem sind sportliche Betätigungen auch in zunehmendem Alter wichtig und zu fördern, wobei nicht vereinsgebundener Rad- und Laufsport eine besondere Gewichtung erfahren.

Ein Mittelansatz von 140.000 € für die Sanierung der Wirtschaftswege erscheint dauerhaft bei weitem nicht ausreichend zu sein. Wir werden nach Möglichkeiten, den Mittelansatz spürbar anzuheben, suchen müssen.

Die CDU-Fraktion begrüßt den ungekürzten Mittelansatz für den Ankauf von Grundbesitz zur Planung und Erschließung von neuen Baugrundstücken. Wir legen Wert auf eine schnelle Realisierung und Vermarktung, die auch bezahlbaren Mietwohnungsbau ermöglichen sollte. Dies gilt für den letzten Bauabschnitt an der Kreuzkappelle ebenso wie in St. Hubert an der Mühle und in Tönisberg an Haus Padenberg.

Die CDU-Fraktion hat lediglich zwei Änderungen zum Haushalt eingebracht, die in den Fachausschüssen behandelt worden sind und offensichtlich auch die Zustimmung aller Fraktionen erfahren haben.

Dies ist zum einen die Umschichtung investiver Mittel in Höhe von 30.000 EUR für die Fortsetzung der Straßenbeleuchtung an der St. Töniser Straße entlang der neuen Baugebiete aus Mitteln, die für den Grünanger vorgesehen waren.

Dies ist zum anderen die Erhöhung der Mittel von 3.800 EUR auf 10.000 EUR für Zuweisungen an die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr, die nicht nur großes Engagement zeigen, sondern auch Aufwendungen z.B. für Fahrten zu Übungen und Einsätzen haben. Mit der Erhöhung möchten wir das wichtige Ehrenamt noch deutlicher als bisher würdigen und fördern.

Die CDU-Fraktion trägt auch –und ganz bewusst- die Personalkosten mit. Der Haushalt 2015 weist Personalaufwendungen von gut 25 Millionen EUR aus. Ja, es ist richtig, dass die Personalaufwendungen rund 26% aller Aufwendungen des diesjährigen Haushalts ausmachen. Ja, es ist auch richtig, dass die Gesamtpersonalaufwendungen über dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen liegen. Ihre plakative Aussage, Herr Gareißer, gegenüber der Presse, die Personalkosten seien von 2009-2015 von 18 Millionen auf 25 Millionen EUR gestiegen, ist unlauter, unrichtig und unvollständig. Eine solche Aussage kann doch nicht das Ergebnis einer achtwöchigen Beratung in Ihrer Fraktion sein. Ein maßgeblicher Anteil der Personalkosten geht auf die Kita- und U3-Betreuung zurück, auf Schulsozialarbeit und Jugendarbeit, Rettungsdienst, Baubetriebshof und Projektarbeit. Gerade in den vorerwähnten Bereichen ist Kempen nicht mit Kommunen gleicher Größenordnung vergleichbar. Und das wissen Sie. Fast 6,5 Mio EUR der Personalkosten werden refinanziert. Auch das wissen Sie oder sollten Sie wissen. Nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Personalkosten fällt auf die Kernverwaltung, die in diesem Jahr mit den soeben bewilligten Stellen im Bauamt und in der IT-Betreuung erstmals nach vielen Jahren einen Zuwachs erfährt.

Soweit von Ihrer Fraktion aufgrund der Personalkosten Strukturuntersuchungen verlangt werden, die –ich wiederhole- nicht beantragte wurden, verweise ich auf unsere Erklärung, den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, die seit einigen Monaten die Verwaltung prüft, abzuwarten und dann in zielorientierte Prüfungen einzusteigen.

Ich wiederhole, es passt nicht zusammen, die Wichtigkeit und Bedeutung jeder Stelle anzuerkennen, den Stellenplan aber als Ganzes abzulehnen. Es passt auch nicht, jede Haushaltsstelle in Ordnung zu befinden, den Haushalt als Ganzes aber abzulehnen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt in der vorliegenden Fassung nebst Anlagen uneingeschränkt zu.

Wir danken dem Kämmerer und seinem Team für die Aufstellung des Haushalts, insbesondere auch für die ausführlichen schriftlichen Erläuterungen und ergänzenden mündlichen Erklärungen in unseren Haushaltsberatungen.

gez.

Wilfried Bogedain  
Fraktionsvorsitzender  
der CDU-Fraktion